Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3230**
16. Wahlperiode 03. 11. 2006

Fragen

für die Fragestunde der 62. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 8. November 2006

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung den Einbruch bei den Studienanfängerzahlen in Nordrhein-Westfalen, und zieht sie daraus die Konsequenz, in den Verhandlungen mit den Bundesländern zum Hochschulpakt 2020 auf die Sicherung eines gebührenfreien Studiums in den Ländern hinzuwirken, um unter anderem ihr Ziel einer höheren Studierendenquote nicht zu verfehlen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

2. Abgeordnete **Dr. Uschi Eid** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen für die Malariabekämpfung in Tanzania unterstützt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und in welchem Umfang?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

3. Abgeordnete **Sevim Dagdelen** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Absprachen zu Deutsch-Vorbereitungskursen in der Türkei wurden beim Treffen der Staatsministerin im Bundeskanzleramt und Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Prof. Dr. Maria Böhmer, mit der türkischen Staatsministerin für Frauen, Kinder und Soziales der Republik Türkei, Nimet Çubukçu, im Bundeskanzleramt am 26. Oktober 2006 getroffen (siehe Presseerklärung der Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer vom 26. Oktober 2006)?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 19.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

4. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass laut den Zahlen des Statistischen Bundesamtes die Zahl der Menschen, die aus der Bundesrepublik Deutschland auswandern, in den letzten Jahren deutlich angestiegen ist, und inwieweit müssen aus ihrer Sicht insbesondere die unsicheren Perspektiven beim Berufseinstieg, die unter anderem für immer mehr Hochschulabsolventen durch mehrjährige Praktika-Schleifen gekennzeichnet sind, für diese Entwicklung verantwortlich gemacht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

5. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Auf welcher Entscheidung beruht es, dass, wie Entwicklungsorganisationen vor Ort kritisieren und Oberstleutnant Norbert Falkowski auf der Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur zivil-militärischen Zusammenarbeit am 25. Oktober 2006 bestätigte und auf Kostengründe zurückführte, sich Bundeswehreinheiten mit zivilen Fahrzeugen (weißen Jeeps ohne ausreichende Kennzeichnung) in Kundus und Kabul bewegen und damit das Risiko der Verwechslung und Vermischung von ziviler und militärischer Präsenz provozieren?

6. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Was wird das Bundesministerium der Verteidigung unternehmen, damit es zukünftig keine Vermischung ziviler und militärischer Präsenz in Afghanistan gibt und Bundeswehreinheiten sich nur in eindeutig gekennzeichneten Fahrzeugen bewegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

7. Abgeordneter **Rainder Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unter welchen Bedingungen würde die Bundesregierung von ihren Plänen abweichen, einen Tunnel unter der Elbe für die geplante Autobahn 20 als Mautprojekt (F-Modell) zu planen, und wenn das Projekt nicht als Mautprojekt realisiert wird, wie soll die Haushaltsfinanzierung für dieses Projekt gesichert werden?

8. Abgeordneter **Rainder Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist es zutreffend, dass eine Haushaltsfinanzierung zu Lasten der Länderquoten an den Bedarfsplanmaßnahmen der beteiligten Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen gehen würde und damit entsprechend weniger Geld für die Fertigstellung anderer Projekte des Vordringlichen Bedarfs zur Verfügung stünde, und wenn ja, welche Projekte wären davon betroffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

9. Abgeordnete **Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung aus dem am 23. Juni 2006 vom Ombudsrat vorgelegten Abschlussbericht „Grundsicherung für Arbeitslose“ gezogen?

10. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass 40 Prozent der jüdischen Zuwanderer mit Hochschulabschluss in unserem Land erwerbslos sind und in den USA nur 3 Prozent, und sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der Nichtanerkennung der Hochschulabschlüsse der Zuwanderer aus der Ex-UdSSR und der hohen Erwerbslosigkeit (vgl. Berliner Zeitung vom 2. November 2006)?

11. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mittlerweile hinsichtlich des weiteren Vorgehens mit der Software A2LL entschieden, und mit welchen zusätzlichen Kosten ist durch diese Vorgehensweise zu rechnen (vgl. hierzu die Antworten der

Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [Fragen 13 bis 15] auf Bundestagsdrucksache 16/1469)?

12. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch beziffert die Bundesagentur für Arbeit aktuell (November 2006) die Schadenssumme und den zusätzlichen Personalaufwand, die im Zusammenhang mit Fehlern von A2LL aufgetreten sind?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

13. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Welche Auswirkungen auf den angestrebten Friedensprozess im Nahen Osten sieht die Bundesregierung durch die Aufnahme von Avigdor Liebermann in die israelische Regierung, die von dem zurückgetretenen Minister Ofir Pines-Pas als ein „moralischer Schandfleck“ bezeichnet wurde (vgl. dda vom 30. Oktober 2006)?

14. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Sieht die Bundesregierung in den ungenehmigten israelischen Militärflügen über libanesisches Territorium eine Verletzung des Waffenstillstands und der UNO-Resolution 1701?

15. Abgeordneter **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.)

Mit welchen konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung während ihrer EU-Ratspräsidentschaft den Nah-Ost-Friedensprozess voranzutreiben?

16. Abgeordneter **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.)

Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, dass der Presse (DIE WELT vom 12. Oktober 2006) der Entwurf des Arbeitsprogramms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft bekannt ist und den Abgeordneten und Mitgliedern des EU-Ausschusses, die täglich damit arbeiten müssten, nicht?

17. Abgeordneter **Dr. Norman Paech** (DIE LINKE.)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass die US-Regierung in einem Militärlager in Jericho im Westjordanland ein Trainingsprogramm durchführt, mit dem die Präsidentengarde der Palästinensischen

Autonomiebehörde für einen bewaffneten Kampf gegen die Hamas gerüstet werden soll (vgl. Haaretz vom 31. Oktober 2006), und wenn ja, hält die Bundesregierung dies für einen konstruktiven Beitrag zu einer Friedensregelung im Nahen Osten?

18. Abgeordneter **Dr. Norman Paech** (DIE LINKE.)

Ist der Bundesregierung die Einschätzung der US-Regierung bekannt, wonach die Isolierung der von der Hamas geführten palästinensischen Regierung zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen der Hamas und der Fatah führen werde (vgl. Haaretz vom 31. Oktober 2006), und wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus für ihre eigene Nahost-Politik?

19. Abgeordnete **Sevim Dagdelen** (DIE LINKE.)

Werden die getroffenen Absprachen Auswirkungen auf die Praxis der Visumserteilung für türkische Staatsangehörige im Rahmen von Familienzusammenführung haben, und wenn ja, welche?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

20. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um zu verhindern, dass private Banken ärmeren Menschen schlechtere Kreditbedingungen gewähren als reicheren Menschen (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 21. Oktober 2006)?

21. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie verändert sich durch die sogenannte Exit Tax, mit der die Einbringung von Immobilien in REITs erleichtert werden soll, die Interessenlage ausländischer Finanzinvestoren bezüglich der Übernahme deutscher Unternehmen in Abhängigkeit von deren Größe, der Höhe ihrer Substanzwerte in Immobilien und deren Gesellschaftsform (börsennotierte bzw. nicht börsennotierte Aktiengesellschaft, GmbH etc.)?

22. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Wie haben sich seit 2004 die Kosten der Unterkunft, Heiz- und Energiekosten, Kosten der Warmwasserbereitung in den einzelnen Jahren entwickelt, und wie müssen sich nach Ansicht der Bundesregierung

*) Siehe hierzu auch Frage 3.

diese Kostenentwicklungen sowie die Anhebung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte in 2007 auf die Höhe des Existenzminimums für Erwachsene und Kinder auswirken?

23. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)

Wie wird sich nach Berechnungen der Bundesregierung in den Jahren 2007, 2008 und 2009 das Existenzminimum für Erwachsene und Kinder entwickeln, und wo liegen die Ursachen für die – laut Presseberichten – unterschiedlichen Berechnungen des Existenzminimums seitens des Bundesministeriums der Finanzen einerseits und seitens des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend andererseits?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

24. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Strategie hat die Bundesregierung im Sinne des durch den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, in seiner Rede „Innovativ für Wirtschaft und Umwelt“ am 30. Oktober 2006 vorgebrachten Ziels „Vorreitermärkte zu schaffen“ für den Wärmemarkt bei erneuerbaren Energien, nachdem Bundesminister Sigmar Gabriel noch am gleichen Tag ein Wärmegesetz aus Kostengründen auf unabsehbare Zeit verschoben hat?

25. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um die CCS-Technik (CO_2-Abscheidung und -Speicherung) spätestens ab 2020 zum Standard für alle neuen fossilen Kraftwerke zu machen, wie dies im „Memorandum für einen ‚New Deal‘ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung“ durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefordert wird –, und sind damit auch die neuen Kraftwerke gemeint, die bis 2020 gebaut werden?

26. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird sich die Bundesregierung nach der Vorlage des „Memorandums für einen ‚New Deal‘ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung“ durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit dafür einsetzen, dass auch in der

Chemie- und Kunststoffindustrie der Wechsel vom Erdöl hin zu nachwachsenden Rohstoffen vollzogen wird, und welche Maßnahmen sind konkret dazu geplant?

27. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Bedeutet die vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in seinem „Memorandum für einen ‚New Deal‘ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung“ geäußerte Absicht mit einer innovationsorientierten Umweltpolitik dazu beitragen zu wollen, eine doppelte Dividende für Umwelt und Wirtschaft zu erzielen, dass sich die Bundesregierung bei den europäischen Beratungen zur Neugestaltung der europäischen Chemikalienpolitik (REACH) dafür einsetzen wird, den Substitutionsanreiz für Unternehmen zu stärken, indem eine Zulassung gefährlicher Chemikalien nur befristet erteilt wird sowie der verpflichtende Ersatz gefährlicher Stoffe vorgeschrieben wird?

28. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

In welchen Bereichen plant die Bundesregierung konkret die Festlegung von neuen ökologischen Grenzwerten, um die vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, in seinem „Memorandum für einen ‚New Deal‘ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung“ formulierte Zielvorgabe umzusetzen, mit „ambitionierten Grenzwerten … gezielt Innovationsanreize“ auszulösen, und bis wann ist mit der Festsetung dieser Grenzwerte jeweils zu rechnen?

29. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen bereitet die Bundesregierung in Umsetzung des „Memorandums für einen ‚New Deal‘ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung“ für den Fall vor, dass die Automobilindustrie das Ziel ihrer Selbstverpflichtung, die CO_2-Emissionen von neu zugelassenen Pkw bis 2008 auf höchstens 140 g/km zu senken, verfehlt?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333